

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Berliner Kommentare

BBergG

Bundesberggesetz

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Walter Frenz, Maître en Droit Public

Professor für Berg-, Umwelt- und Europarecht, RWTH Aachen

Bearbeitet von

Jun.-Prof. Dr. jur. Jelena Bäuml, LL.M.; Dr.-Ing. Thomas Bartnitzki;
Prof. Dr. jur. Martin Beckmann; Dr. jur. Henning Blatt; Judith Bongartz;
Prof. Dr.-Ing. Elisabeth Clausen; Dr. jur. Andreas Dazert; Gregor
Franßen, EMLE; Prof. Dr. jur. Walter Frenz, Maître en Droit Public;
Michael Kirchner; Carola König; Prof. Dr. jur. Hans-Jürgen
Müggenborg; Dr.-Ing. Denise Müller; Dr.-Ing. Heinz Roland Neumann;
Axel Pottschmidt; Prof. Dr.-Ing. Axel Preuße; Prof. Dr. jur. Alexander
Proelß; Dr. jur. Alexander M. Rehs; Christian Sladek; Markus
Winkelmann; Dr. jur. Antje Wittmann; Dr. jur. Michael Zimmer

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

<http://ESV.info/978-3-503-18726-3>

Zitiervorschlag:

Bearbeiter, in: Frenz, BBERG, § ... Rn. ...

ISBN 978-3-503-18726-3

ISSN 1865-4177

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2019

www.ESV.info

Druck: Kösel, Altusried-Krugzell

Vorwort

Das deutsche Bergrecht mit dem Bundesberggesetz (BBergG) als zentrale Regelungsmaterie gilt als klassisches Rechtsgebiet. Dennoch hat es große aktuelle Bedeutung. Diese rührt derzeit oft aus einem Zusammenspiel mit anderen Gesetzen. Die vom OVG Münster am 05.10.2018 auf Eis gelegte Rodung des Hambacher Forstes stellte die in diesem Kommentar bereits ausführlich erörterte Grundsatzfrage nach dem Verhältnis von Berg- und Naturschutzrecht: Welche Auswirkungen hat der Habitatschutz auf zugelassene Betriebspläne? Welche Vorwirkung hat in einem solchen Fall ein bestandskräftiger Rahmenbetriebsplan auf einen beantragten Hauptbetriebsplan?

Die Parallelproblematik stellt sich im Zuge der Energiewende und des von der Kohlekommission für 2038 avisierten Kohleausstiegs: Bleiben die zugelassenen Rahmenbetriebspläne davon unberührt bzw. eröffnen die Hauptbetriebspläne neuen Spielraum, um einen weiteren Abbau von Kohle nicht zuzulassen – eine auch nach der Garzweiler-Entscheidung des BVerfG umstrittene Frage (Vor §§ 77 ff., Rn. 31 ff.).

Die Energiewende kann umgekehrt maßgeblich auf dem Bergbau aufbauen. Das gilt für die Nutzung von alten Halden als Standorte für Windenergie- und Solaranlagen oder von alten Bergwerken als Pumpspeicherkraftwerke. Hier greifen dann bergrechtliche Regelungen zur Untergrundspeicherung. Umgekehrt wird die Endlagersuche nunmehr vom Standortauswahlgesetz dominiert.

Der Bergbau ist ein zentraler Bereich der Digitalisierung. Bergbau 4.0 ist daher ebenfalls ein wichtiger Bestandteil, der sowohl technisch als auch rechtlich dargestellt wird. Beide Seiten spielen ineinander, so bei der zentralen Frage: Wem gehören die Daten?

Angesichts dieser rasanten aktuellen Entwicklungen wird immer wieder die Frage gestellt: Ist das BBergG noch zeitgemäß? Schon lange wird seine Integration in das Umweltrecht, jedenfalls aber seine Änderung verlangt. Auch diese Problematik wird ausführlich dargestellt. Zunächst wird aufgezeigt, in welchem hohem Umfang die Rechtsprechung in diesem Jahrzehnt Aspekte des Gesundheits- und des Eigentumsschutzes in die Interpretation des bestehenden Bergrechts einbezog. In der Garzweiler-Entscheidung verlangte das BVerfG eine umfassende Abwägung (m. E. ohne Antastung der Rahmenbetriebsplanzulassung als gebundene Entscheidung) und einen effektiven Rechtsschutz, der durch den Ausbau der Umweltverbandsklage zunächst durch den EuGH und dann im UmwRG noch erheblich verstärkt wurde. Aufgrund der Fortentwicklung des Bergrechts wird perspektivisch seine Erstreckung auf die Windkraftnutzung bejaht.

Ganz am Ende des Kommentars konnte, als die Erläuterungen der Einzelbestimmungen bereits abgeschlossen waren, noch ein Reformvorschlag abgedruckt werden. Er ist daher nicht Teil der Kommentierung und enthält die Handlungsempfehlungen zur Reform des Bergrechts, die auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts „INSTRO – Instrumente zur umweltverträglichen Steuerung der Rohstoffgewinnung“ basieren, das von 2016 bis 2018 im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums im Rahmen des Umweltforschungsplans erarbeitet wurde. Dadurch wird deutlich, welche Abweichungen vom derzeitigen BBergG gefordert werden. Immerhin wird darin zugleich seine Beibehaltung vorausgesetzt.

Die Diskussion um das Bergrecht wird also weitergehen. Zugleich steht es vor erheblichen Herausforderungen, so auch vor der Bewältigung der Spätfolgen des Bergbaus in Form der Wasserhaltung und der Renaturierung, der Gestaltung der postmontanen Phase durch Umnutzung von Grundstücken und dem Tragen daraus folgender Haftungsrisiken. Sollen gar Bergbauunternehmen wegen des CO₂-Ausstoßes bei der Kohleverstromung für Klimaschäden in Peru haften, wie es das OLG Hamm näher prüft?

Die Fragen um das Bergrecht sind vielfältig und spannend. Ich danke sehr herzlich allen Autorinnen und Autoren, die sie sachlich fundiert, präzise und praxisnah problematisiert und beantwortet haben. Die Bearbeitungen erfolgten vor ganz unterschiedlichen Hintergründen. Judikatur, Verwaltungspraxis, Anwaltschaft und Wissenschaft sind vertreten – einschließlich der Ingenieurwissenschaften.

Besonders danken möchte ich weiter Herrn *Torben Bühner* und dessen Nachfolger Herrn *Sven Clever* für ihre konstruktive Begleitung sowie ihr Engagement, um auch noch die letzten aktuellen Entwicklungen einschließlich des Abschlussberichts der Kohlekommission vom 26. 01. 2019 sowie der UBA-Gutachten von Juli 2019 zum Recht der Rohstoffgewinnung und zum Konzept einer Rohstoffbedarfsplanung einbeziehen zu können. Nicht zuletzt die dadurch bedingten vielfachen Ergänzungen gab höchst sorgfältig Frau *Alina Wennemann* M. A. ein; auch ihr gebührt mein herzlicher Dank. Schließlich möchte ich Frau *Anna Hoos* für die Erstellung des Stichwortverzeichnisses und Herrn *Daniel Pieper* für abschließende Überprüfungsarbeiten aufrichtig danken.

Hinweise und Anregungen erbitte ich an:

Prof. Dr. jur. *Walter Frenz*, Berg-, Umwelt- und Europarecht der RWTH Aachen University, Wüllnerstr. 2, 52062 Aachen, 0241-8095691, frenz@bur.rwth-aachen.de.

Aachen, 22. 07. 2019

Walter Frenz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXXV

Einführung

I. Zukunft des BBergG	3
II. Die Übertragung des BBergG auf die Windkraftnutzung	21
III. Verfassungsrechtliche Vertiefung: Neue Ansätze zur Regulierung der Windenergie	39
IV. Bergbau 4.0 – Technische Erläuterungen	73
V. Bergbau 4.0 – Rechtliche Erläuterungen	83
VI. Bergbau und Naturschutz	93

Kommentierung

Erster Teil – Einleitende Bestimmungen

§ 1 Zweck des Gesetzes	117
§ 2 Sachlicher und räumlicher Geltungsbereich	141
§ 3 Bergfreie und grundeigene Bodenschätze	163
§ 4 Begriffsbestimmungen	175
§ 5 Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes	198
§ 5a Öffentliche Bekanntgabe	202

Zweiter Teil – Bergbauberechtigungen

Kapitel 1 – Bergfreie Bodenschätze

Abschnitt 1 – Erlaubnis, Bewilligung, Bergwerkseigentum

§ 6 Grundsatz	217
§ 7 Erlaubnis	220

§ 8	Bewilligung	224
§ 9	Bergwerkseigentum	230
§ 10	Antrag	233
§ 11	Versagung der Erlaubnis	237
§ 12	Versagung der Bewilligung	253
Nach §§ 11–12 Weiterungen um Umwelt- und kommunale Belange?		262
§ 13	Versagung der Verleihung von Bergwerkseigentum	274
§ 14	Vorrang	279
§ 15	Beteiligung anderer Behörden	290
§ 16	Form, Inhalt und Nebenbestimmungen	294
§ 17	Entstehung des Bergwerkseigentums	307
§ 18	Widerruf	314
§ 19	Aufhebung der Erlaubnis und Bewilligung	326
§ 20	Aufhebung von Bergwerkseigentum	328
§ 21	Beteiligung an der Aufsuchung	333
§ 22	Übertragung und Übergang der Erlaubnis und Bewilligung	339
§ 23	Veräußerung von Bergwerkseigentum	345
Abschnitt 2 – Vereinigung, Teilung und Austausch von Bergwerkseigentum		
§ 24	Zulässigkeit der Vereinigung	351
§ 25	Voraussetzungen der Vereinigung	353
§ 26	Genehmigung der Vereinigung, Berechtsamsurkunde	355
§ 27	Wirkung der Vereinigung	358
§ 28	Teilung	359
§ 29	Austausch	363
Abschnitt 3 – Feldes- und Förderabgabe		
Vor §§ 30–32 Hintergrundinformationen		365
§ 30	Feldesabgabe	371
§ 31	Förderabgabe	374
§ 32	Feststellung, Erhebung und Änderung der Feldes- und Förderabgabe	382
Abschnitt 4 – Fundanzeige		
§ 33	Anzeige und Entschädigung	391

Kapitel 2 – Grundeigene Bodenschätze		
§ 34	Inhalt der Befugnis zur Aufsuchung und Gewinnung grundeigener Bodenschätze	393
Kapitel 3 – Zulegung		
§ 35	Voraussetzungen	402
§ 36	Verfahren	416
§ 37	Entschädigung	422
§ 38	Inhalt der Zulegung, Aufhebung, Förderabgabe	424
Dritter Teil – Aufsuchung, Gewinnung und Aufbereitung		
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften über die Aufsuchung und Gewinnung		
Abschnitt 1 – Aufsuchung		
§ 39	Einigung mit dem Grundeigentümer, Zustimmung anderer Behörden, Entschädigung	429
§ 40	Streitentscheidung	435
§ 41	Gewinnung von Bodenschätzen bei der Aufsuchung	439
Abschnitt 2 – Gewinnung		
§ 42	Mitgewinnung von Bodenschätzen bei der Gewinnung bergfreier Bodenschätze	440
§ 43	Mitgewinnung von Bodenschätzen bei der Gewinnung grundeigener Bodenschätze	448
§ 44	Hilfsbaurecht	449
§ 45	Mitgewinnung von Bodenschätzen bei Anlegung von Hilfsbauen	451
§ 46	Hilfsbau bei Bergwerkseigentum	453
§ 47	Benutzung fremder Grubenbaue	453
Abschnitt 3 – Verbote und Beschränkungen		
§ 48	Allgemeine Verbote und Beschränkungen	457
§ 49	Beschränkung der Aufsuchung auf dem Festlandsockel und innerhalb der Küstengewässer	491
Kapitel 2 – Anzeige, Betriebsplan		
§ 50	Anzeige	504
§ 51	Betriebsplanpflicht	512
§ 52	Betriebspläne für die Errichtung und Führung des Betriebes	525

§ 53	Betriebsplan für die Einstellung des Betriebes, Betriebschronik	573
§ 54	Zulassungsverfahren	605
§ 55	Zulassung des Betriebsplanes	642
§ 56	Form und Inhalt der Zulassung, Sicherheitsleistung	733
§ 57	Abweichungen von einem zugelassenen Betriebsplan	763
§ 57a	Planfeststellungsverfahren, Umweltverträglich- keitsprüfung	770
§ 57b	Vorzeitiger Beginn, Vorbescheide, Teilgeneh- migungen, Vorrang	815
§ 57c	Verordnungsermächtigung	847
§ 57d	Zulassungsverfahren für störfallrelevante Vorhaben	850
Kapitel 3 – Verantwortliche Personen		
§ 58	Personenkreis	862
§ 59	Beschäftigung verantwortlicher Personen	872
§ 60	Form der Bestellung und Abberufung verantwortlicher Personen, Namhaftmachung	878
§ 61	Allgemeine Pflichten	882
§ 62	Übertragbarkeit bestimmter Pflichten und Befugnisse	888
Kapitel 4 – Sonstige Bestimmungen für den Betrieb		
§ 63	Rißwerk	892
§ 64	Markscheider	900
Vierter Teil – Ermächtigungen zum Erlaß von Bergverordnungen		
Vor §§ 65–68 Hintergrundinformationen		907
§§ 65–67 [Grundlagen für Rechtsverordnungen]		955
§ 68	Erlaß von Bergverordnungen	1044
Fünfter Teil – Bergaufsicht		
§ 69	Allgemeine Aufsicht	1053
§ 70	Allgemeine Aufsichtsbefugnisse, Auskunfts- und Duldungspflichten	1081
§ 71	Allgemeine Anordnungsbefugnis	1095
§ 72	Verhinderung unerlaubter Tätigkeiten, Sicherstellung	1113

§ 73	Untersagung der Beschäftigung verantwortlicher Personen	1122
§ 74	Hilfeleistung, Anzeigepflicht	1128

Sechster Teil – Berechtsamsbuch, Berechtsamskarte

§ 75	Anlegung und Führung des Berechtsamsbuchs und der Berechtsamskarte	1135
§ 76	Einsicht	1139

Siebenter Teil – Bergbau und Grundbesitz, öffentliche Verkehrsanlagen

Kapitel 1 – Grundabtretung

Abschnitt 1 – Zulässigkeit und Voraussetzungen der Grundabtretung

Vor §§ 77 ff.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	1151
§ 77	Zweck der Grundabtretung	1173
§ 78	Gegenstand der Grundabtretung	1183
§ 79	Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Grundabtretung	1189
§ 80	Grundabtretungsbegünstigter und -pflichtiger	1217
§ 81	Umfang der Grundabtretung	1219
§ 82	Ausdehnung der Grundabtretung	1227
§ 83	Sinngemäße Anwendung von Vorschriften	1235

Abschnitt 2 – Entschädigung

§ 84	Entschädigungsgrundsätze	1237
§ 85	Entschädigung für den Rechtsverlust	1244
§ 86	Entschädigung für andere Vermögensnachteile, Mitverschulden	1248
§ 87	Behandlung der Rechte der Nebenberechtigten	1255
§ 88	Schuldübergang bei Entziehung des Eigentums an Grundstücken	1260
§ 89	Entschädigungsleistung	1261
§ 90	Wertänderungen, Veränderungen, Begründung neuer Rechtsverhältnisse	1268

Abschnitt 3 – Vorabentscheidung, Ausführung und Rückgängigmachen der Grundabtretung

§ 91	Vorabentscheidung	1280
§ 92	Ausführung der Grundabtretung	1283

§ 93	Hinterlegung	1291
§ 94	Geltendmachung der Rechte an der Hinterlegung, Verteilungsverfahren	1293
§ 95	Lauf der Verwendungsfrist	1296
§ 96	Aufhebung der Grundabtretung	1300
Abschnitt 4 – Vorzeitige Besitzeinweisung		
§ 97	Voraussetzungen	1305
§ 98	Besitzeinweisungsentschädigung	1311
§ 99	Zustandsfeststellung	1313
§ 100	Wirksamwerden und Rechtsfolgen der vorzeitigen Besitzeinweisung, Sicherheitsleistung	1316
§ 101	Aufhebung und Änderung der vorzeitigen Besitzeinweisung	1320
§ 102	Entschädigung bei Aufhebung oder Änderung der vorzeitigen Besitzeinweisung	1323
Abschnitt 5 – Kosten, Zwangsvollstreckung, Verfahren		
§ 103	Kosten	1326
§ 104	Vollstreckbarer Titel	1331
§ 105	Verfahren	1334
§ 106	Benachrichtigungen	1337
Kapitel 2 – Baubeschränkungen		
§ 107	Festsetzung von Baubeschränkungsgebieten	1339
§ 108	Wirkung der Festsetzung	1344
§ 109	Entschädigung	1348
Kapitel 3 – Bergschaden		
Abschnitt 1 – Anpassung		
§ 110	Anpassungspflicht	1352
§ 111	Sicherungsmaßnahmen	1362
§ 112	Verlust des Ersatzanspruchs	1367
§ 113	Bauwarnung	1370

Abschnitt 2 – Haftung für Bergschäden		
<i>Unterabschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen</i>		
§ 114	Bergschaden	1378
Nach § 114	Überleitungsregelung nach Anlage I des Einigungs- vertrages	1423
§ 115	Ersatzpflicht des Unternehmers	1438
§ 116	Ersatzpflicht des Bergbauberechtigten	1447
§ 117	Umfang der Ersatzpflicht, Verjährung, Rechte Dritter	1452
§ 118	Mitwirkendes Verschulden	1477
§ 119	Mitwirkung eines Dritten	1483
§ 120	Bergschadensvermutung	1488
§ 121	Verhältnis zu anderen Vorschriften	1509
<i>Unterabschnitt 2 – Bergschadensausfallkasse</i>		
§ 122	Ermächtigung	1535
§ 123	Durchführungsverordnung	1543
Abschnitt 3 – Bergbau und öffentliche Verkehrsanlagen		
§ 124	Öffentliche Verkehrsanlagen	1545
Abschnitt 4 – Beobachtung der Oberfläche		
§ 125	Messungen	1564
Achter Teil – Sonstige Tätigkeiten und Einrichtungen		
§ 126	Untergrundspeicherung	1569
§ 127	Bohrungen	1585
Nach § 127	Geothermiebohrungen	1590
§ 128	Alte Halden	1603
Nach § 128	Alte Halden als Energiestandorte	1609
§ 129	Versuchsgruben, Bergbauversuchsanstalten	1617
§ 130	Hohlraumbauten (<i>aufgehoben</i>)	1620
§ 131	Hauptstellen für das Grubenrettungswesen	1620
Neunter Teil – Besondere Vorschriften für den Festlandsockel		
§ 132	Forschungshandlungen	1627
§ 133	Unterwasserkabel und Transit-Rohrleitungen	1643

§ 134	Überwachung und Vollziehung von Verwaltungsakten, Zusammenwirken	1658
§ 135	Gebühren- und Auslagenermächtigung	1662
§ 136	Zuständigkeiten für sonstige Verwaltungsaufgaben	1665
§ 137	Übergangsregelung	1668

**Zehnter Teil – Bundesprüfanstalt, Sachverständigenausschuß,
Durchführung**

Kapitel 1 – Bundesprüfanstalt für den Bergbau

§ 138	Errichtung	1675
§ 139	Aufgaben	1677
§ 140	Inanspruchnahme, Gebühren	1678

Kapitel 2 – Sachverständigenausschuß, Durchführung

§ 141	Sachverständigenausschuß Bergbau	1679
§ 142	Zuständige Behörden	1681
§ 143	Verwaltungsvorschriften	1691

Elfter Teil – Rechtsweg, Bußgeld- und Strafvorschriften

§ 144	Klage vor den ordentlichen Gerichten	1695
§ 145	Ordnungswidrigkeiten	1698
§ 146	Straftaten	1702
Nach § 146	Umweltstraftaten	1705
§ 147	Erforschung von Straftaten	1716
§ 148	Tatort, Gerichtsstand	1717

Zwölfter Teil – Übergangs- und Schlußbestimmungen

Kapitel 1 – Alte Rechte und Verträge

§§ 149–162	[Übergang alter Rechte und Verträge]	1723
------------	--	------

Kapitel 2 – Auflösung und Abwicklung der bergrechtlichen Gewerkschaften

Vor §§ 163–165	Hintergrundinformationen	1737
§ 163	Auflösung und Umwandlung	1742
§ 164	Abwicklung	1744
§ 164a	Überleitung	1747
§ 165	Fortgeltendes Recht	1747

Kapitel 3 – Sonstige Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 166	Bestehende Hilfsbaue	1748
§ 167	Fortgeltung von Betriebsplänen und Anerkennungen	1749
§ 168	Erlaubnisse für Transit-Rohrleitungen	1751
§§ 168a–168b	[Erweiterungen des Bestandsschutzes]	1751
§ 169	Übergangszeit bei Unterstellung unter die Bergaufsicht, eingestellte Betriebe	1752
§ 170	Haftung für verursachte Schäden	1755
§ 170a	Verjährung bei Bergschäden	1759
§ 171	Eingeleitete Verfahren	1765
§ 171a	Übergangsvorschrift	1766
§ 172	Mutungen	1769
§ 173	Zusammenhängende Betriebe	1769
§ 174	Änderungen von Bundesgesetzen	1770
§§ 175–176	[Außerkräfttreten von Bundes- und Landesrecht]	1773
§ 177	<i>(weggefallen)</i>	1786
§ 178	Inkräfttreten	1786
	Einwirkungsbereichs-Bergverordnung (EinwirkungsBergV)	1787

Anhang

	Empfehlungen zur Reform des Bergrechts	1801
	Stichwortverzeichnis	1867

Autorenverzeichnis

Jun.-Prof. Dr. jur. Jelena Bäuml er, LL.M. Juniorprofessur für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Universität Rostock	Einf. III
Dr.-Ing. Thomas Bartnitzki Akademischer Oberrat, Institute for Advanced Mining Technologies (AMT), RWTH Aachen	Einf. IV
Prof. Dr. jur. Martin Beckmann Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Baumeister Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Müns- ter, Honorarprofessor der Universität Münster	§ 5a, §§ 52–53, §§ 57a–57c, §§ 69–74, §§ 171a–172
Dr. jur. Henning Blatt Rechtsanwalt, Kopp-Assenmacher & Nusser Partner- schaft von Rechtsanwälten mbB, Düsseldorf	§ 4, § 76
Judith Bongartz Syndikusrechtsanwältin, Noventiz GmbH, Köln	§§ 50–51
Prof. Dr.-Ing. Elisabeth Clausen Direktorin des Institute for Advanced Mining Techno- logies (AMT), RWTH Aachen	Einf. IV
Dr. jur. Andreas Dazert Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Martini Mogg Vogt PartGmbH, Koblenz	§ 54, §§ 103–106
Gregor Franßen , EMLE Rechtsanwalt, Kopp-Assenmacher & Nusser Partner- schaft von Rechtsanwälten mbB, Düsseldorf	§ 2, §§ 11–14, § 34, §§ 50–51
Prof. Dr. jur. Walter Frenz , Maître en Droit Public Professor für Berg-, Umwelt- und Europarecht, RWTH Aachen	Einf. I–II, Einf. V–VI, § 1, Nach §§ 11–12, §§ 39–48, §§ 55–57, Vor §§ 77 ff., § 114, §§ 126–130, §§ 145–162, §§ 166–169, § 171, §§ 173–176
Michael Kirchner Abteilungsleiter a.D., Lehrbeauftragter an der THGA im Wissenschaftsbereich Georessourcen und Verfahrenstechnik	Vor §§ 65–68, §§ 65–68, Vor §§ 163–165, §§ 163–165

Carola König	§§ 63–64
Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 – Bergbau und Energie in NRW, Dezernat 65 – Markscheidewesen, Rechtsangelegenheiten	
Prof. Dr. jur. Hans-Jürgen Müggenborg	§ 57d, Nach § 114, §§ 115–123, § 148
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kanzlei Prof. Müggenborg, Honorarprofessor der RWTH Aachen und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel	
Dr.-Ing. Denise Müller	EinwirkungsBergV
Institut für Markscheidewesen, Bergschadenkunde und Geophysik im Bergbau, RWTH Aachen	
Dr.-Ing. Heinz Roland Neumann	§§ 63–64
Ltd. Bergvermessungsdirektor, Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 – Bergbau und Energie in NRW, Dezernat 65 – Markscheidewesen, Rechtsangelegenheiten	
Axel Pottschmidt	§ 3, §§ 6–9
Rechtsanwalt, Kopp-Assemacher & Nusser Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Düsseldorf	
Prof. Dr.-Ing. Axel Preuße	§§ 63–64, § 125
Direktor des Instituts für Markscheidewesen, Bergschadenkunde und Geophysik im Bergbau, RWTH Aachen	
Prof. Dr. jur. Alexander Proelß	§ 49, §§ 132–137
Lehrstuhl für internationales Seerecht und Umweltrecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht, Universität Hamburg	
Dr. jur. Alexander M. Rehs	§§ 58–62, §§ 77–102, § 144
Rechtsanwalt, PricewaterhouseCoopers (PwC) Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft, Frankfurt am Main	
Christian Sladek	Vor §§ 30–32, §§ 30–32, § 75, § 131, §§ 138–143
Clausthal-Zellerfeld	
Markus Winkelmann	§ 125
Bergvermessungsdirektor, Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 – Bergbau und Energie in NRW, Dezernat 65 – Markscheidewesen, Rechtsangelegenheiten	
Dr. jur. Antje Wittmann	§§ 24–29, § 33, §§ 35–38, §§ 107–113, § 124, §§ 170–170a
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Verwaltungsrecht, Baumeister Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Münster	

Dr. jur. Michael Zimmer	§ 5, § 10, §§ 15–23
Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht	
Rheinland-Pfalz, Koblenz	